

## Pressemitteilung

- freigegeben zur Veröffentlichung -

Worms, 20.10.2010

### Sparpolitik der AOK und weiterer gesetzlicher Krankenkassen in Bayern!

Das Budget für zahnerhaltende Maßnahmen in Bayern ist nahezu aufgebraucht. In der Praxis bedeutet das für die Versicherten (= Kunden) bestimmter Krankenkassen und somit die Patienten, dass das Geld für Maßnahmen wie Füllungen oder Wurzelbehandlungen bis zum Jahresende nur in eingeschränkter Form vorhanden ist. Nicht zwingend notwendige Leistungen werden u.U. von den Kassen überhaupt nicht erstattet oder die Zahnärzte verschieben die Behandlung aufs kommende Jahr.

AOK Bayern, Knappschaft, und die IKK Wohnortkassen zwingen die 8.600 Vertragszahnärzte in Bayern zur stringenten Anwendung des Wirtschaftlichkeitsgebots. Dies führt dazu, dass der Entscheidungsspielraum des einzelnen Zahnarztes zur individuellen Behandlung eines Patienten = Kunden dieser gesetzlichen Krankenkassen zumindest bis zum 31.12.2010 negativ beeinflusst wird. Somit wird die im SGB V verankerte ausreichende, zweckmäßige, wirtschaftliche und notwendige Behandlung gefährdet.

Die Budgets der Kassen gelten für das ganze Jahr. Immer wieder werden zum Jahresende die Gelder knapp, doch so früh wie dieses Jahr wurden bisher die sogenannten Puffertage noch nicht ausgerufen.

Die Budgetierungen zu Leistungen im Gesundheitswesen sind politisch gewollt und verbunden mit den strategischen Ansinnen dieser gesetzlichen Krankenkassen, Zusatzbeiträge zu vermeiden. Letztlich führt das aber zur Ausgrenzung oder Verzögerung von Leistungen für die Patienten.

Selbst wenn die Zahnärzte ihrer versorgungsverantwortlichen Aufgabe nachkommen wollten, wäre dies wegen der mangelhaften Vergütung für die Leistungen für sie selbst zum wirtschaftlichen Nachteil. Somit wird es nicht ausbleiben, dass Behandlungen verschoben werden müssen. Leidtragende sind die Patienten und v.a. Kinder, Pflegebedürftige, Härtefälle und Geringverdiener, denn der Zusammenhang zwischen sozial schwachen Familien und mangelnder Zahngesundheit ist statistisch erwiesen.

Es besteht die Gefahr, dass diese Entwicklung in Bayern Schule macht und sich auf das Bundesgebiet im Sinne von Abbau in der Versorgungsqualität ausdehnen wird.

Die gesetzlichen Krankenkassen haben immer mehr Macht. Mangelhafte politische Entscheidungen und die ungeheure Kaufkraft der gesetzlichen Krankenkassen führten und führen zu Qualitätseinbußen in der gesundheitlichen Versorgung und zu ungerechtfertigtem wirtschaftlichen Druck auf Zahnärzte sowie andere Berufsgruppen und Institutionen. Dieser Entwicklung muss im Sinne eines Erhalts bzw. Ausbaus und einer Wiederherstellung von Qualität und Versorgungsstrukturen dringend Einhalt geboten werden.

Pressestelle DGVP  
Tel: 06247-904 499 7  
Fax: 06247-904 499 9  
[presse@dgvp.de](mailto:presse@dgvp.de)  
[www.dgvp.de](http://www.dgvp.de)